



KOMMENTAR

Masterplan Innere Sicherheit 2.0?

Freiheit braucht Sicherheit, Sicherheit braucht Kontrolle, Kontrolle braucht aber eine starke Polizei. Eine einfache Formel, die jedermann versteht. Doch wie sieht die Realität aus?

Die Polizei, das bestätigen regelmäßige Umfrageergebnisse, genießt ein hohes Ansehen und Vertrauen in der Bevölkerung. Diese Umfrageergebnisse sind so erfreulich, wie gelegentlich auch überraschend, denn auch andere Resultate wären den Menschen in unserem Land nicht zu verdenken, werden sie doch tagtäglich mit der Schwäche des Staates bei der Durchsetzung von Recht und Ordnung konfrontiert. Immer mehr Meldungen führen dem Bürger das Bröckeln des Rechtsstaates vor Augen. Und dabei müssen wir nicht einmal die große Kriminalität bemühen, wie kriminelle Familienclans in den Ballungsräumen oder das Versagen des Staates bei der Eindämmung des Drogenhandels in Berlin, terroristische Gewaltakte oder Cyberattacken.

Es klemmt häufig bereits bei dem, was tägliche Polizeiarbeit ausmacht, was für jeden erlebbar ist. Fußstreife? -personell nicht leistbar; Wartezeiten bei Wildunfall – ein bis zwei Stunden keine Seltenheit; im Dienst befindliche Funkstreifen im Revierbereich? – reden wir lieber nicht drüber.

Eine der Ursachen dafür ist ebenfalls jedermann bekannt. Jahrelang wurde exzessiv Personal in der Polizei abgebaut und nicht ausreichend junges Personal ausgebildet. Oft genug haben wir vor der drohenden Entwicklung gewarnt. Stattdessen ließ man im Finanzministerium die Milchmädchen rechnen. Eines ihrer abstrusen Ergebnisse: weniger Kriminalität = weniger Polizei.

Aber auch die „Verschlankung“ der Strukturen hatte ihren Anteil an der Entwicklung. Angebliche Wasserköpfe wurden abgebaut, bewährte Strukturen mangels Personal zerschlagen und das Sahnehäubchen: Entlastung der Polizei durch Nutzung angeblicher Synergien, vermeintlich poli-

zeitfremde Aufgaben wurden an Dritte abgegeben. Das „Erfolgsmodell“ dieser Bewegung kennt jeder – der BBL. Böswillig formuliert: die Polizei wurde am Euro ausgerichtet. Dumm nur, dass sich die Vielzahl der neuen Tätigkeitsfelder, Cybercrime, Terrorismus, Islamismus, Abschiebungen und so weiter, nicht so recht betriebswirtschaftlich erfassen lassen.

Aber die Milchmädchen haben noch größere Schäden in der Landespolizei angerichtet. In einem Personalentwicklungskonzept, in dem das Wort „Entwicklung“ völlig deplatziert ist, wurde den Polizisten Entwicklung versprochen und dann zuerst Stillstand und später Rückschritt erreicht.

Die letzten Möglichkeiten für einen Kurswechsel – Regierungsbildung und Koalitionsvertrag – wurden verspielt. „Schwarze Nullen“ und Schuldenabbau rangieren im politischen Denken immer noch weit vor der inneren Sicherheit. Wohin diese kurzsichtige, realitätsfremde Politik führt, haben uns



Landesvorsitzender Christian Schumacher

die Wählerinnen und Wähler in mehreren Wahlen bewiesen.

Wir brauchen dringend einen Kurswechsel! Es muss nicht gleich ein Masterplan „Innere Sicherheit 2.0“ werden. Ein schlichter Kurswechsel an der ein oder anderen Stelle würde manchmal schon genügen. Alle Versäumnisse der Vergangenheit können wir ohnehin nicht in einem Jahr korrigieren. Aber wir könnten endlich einmal damit beginnen.

Denn eines ist klar: die Frage nach der Polizei der Zukunft wird heute beantwortet. **Euer Christian Schumacher**

GRATULATION

SICHERHEIT ist EINSTELLBAR



In einem Festakt vor zahlreichen Gästen und Familienangehörigen wurden am 13. November 2017 in der Stadthalle Rostock 275 Kolleginnen und Kollegen vereidigt.

Die Gewerkschaft der Polizei - GdP Mecklenburg-Vorpommern gratuliert allen Anwärtern und Anwärterinnen und wünscht Ihnen eine erfüllte berufliche Zukunft. Vertreten wurde die GdP durch den Landesvorsitzenden Christian Schumacher.



TARIFVERHANDLUNGEN

Tarifergebnis für den Munitionsbergungsdienst erreicht

Am 7. November 2017 fand der dritte Verhandlungstermin für die Beschäftigten der Kampfmittelbeseitigungsdienste zwischen der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und der gemeinsamen Tarifkommission von ver.di und GdP in Berlin statt.



REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Ausgabe Februar 2018 DEUTSCHE POLIZEI, Landesjournal M-V, ist der 7. 1. 2017. Die Redaktion behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Leserzuschriften vor. Dieser Inhalt muss nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangte eingesandte Manuskripte wird keine Garantie übernommen. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

Die Ergebnisse im Überblick:

Die bisherigen Tarifverträge für die Kampfmittelbeseitigungsdienste der Länder werden in den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) integriert.

- Neue Eingruppierungsregelungen werden Bestandteil der Entgeltordnung zum TV-L.

- Sonderregelungen für Beschäftigte der Kampfmittelräumdienste werden in den TV-L aufgenommen.

- Ab dem 1. Januar 2018 wird der TV-L für die Beschäftigten der Kampfmittelräumdienste Grundlage der Arbeitsverhältnisse.

Neue Eingruppierungsregelungen konnten vereinbart werden: So werden z. B. Truppführer zukünftig in der Entgeltgruppe (EG) 9 eingruppiert. Sie erhalten darüber hinaus eine Entgeltgruppenzulage in Höhe von 85 Euro im Monat.

In der EG 6 werden Facharbeiter eingruppiert, die hochwertige Arbeiten verrichten.

Zukünftig erhalten die Leiter der Kampfmittelbeseitigungsdienste sowie die Truppführer eine Gefahrenzulage in Höhe von 1100 Euro monatlich.

Munitionsfacharbeiter erhalten eine Gefahrenzulage von 1000 Euro monatlich.

Beschäftigte, die chemische Munition suchen, prüfen, entfernen oder transportieren, erhalten eine weitere Gefahrenzulage in Höhe von 133,33 Euro monatlich.

Die Sonderprämie wird auf 737,79 Euro erhöht. Dieser Anspruch besteht, wenn in Sonderfällen die Entschärfung ein besonderes Gefahrenmoment darstellt. Luftbildauswerter erhalten zukünftig eine monatliche Zulage in Höhe von 113 Euro.

Alle Zulagen werden bei zukünftigen Tarifierhöhungen entsprechend angepasst!

Außerdem wurde vereinbart, dass die Zulage für Tauchertätigkeiten, Schmutz-, Gefahren- und Erschwerungszuschläge sowie Schutzkleidung in der bisherigen Form fortgelten. Gleiches gilt in Bundesländern, in denen ein Anspruch auf Zusatzurlaub besteht.

Die gemeinsame Tarifkommission hat dem Verhandlungsergebnis am 8. November 2017 einstimmig zugestimmt.

Wir bedanken uns noch mal ausdrücklich bei allen Kolleginnen und Kollegen, die den Brief an die TdL unterzeichnet und dadurch mit dafür gesorgt haben, dass die Arbeitgeberseite endlich zu ernsthaften Verhandlungen bereit war!!!!



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Mecklenburg-Vorpommern

Geschäftsstelle:
Platz der Jugend 6
19053 Schwerin
Telefon: (0385) 20 84 18-10
Telefax: (0385) 20 84 18-11
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur
für das Landesjournal
Mecklenburg-Vorpommern
Marco Bialecki
Telefon: (03 85) 20 84 18-10

Post bitte an die
Landesgeschäftsstelle (s. oben)

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 1. Januar 2017

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2798

SOCIAL MEDIA

GdP M-V auf Facebook



Klickt Euch „rein“, werdet Freunde. Und nicht vergessen, wenn's Euch gefällt: Klickt auf den „gefällt mir“-Button.

www.facebook.com/gdp.mv



LANDESVORSTAND

Gespräch mit dem Finanzminister

Am Freitag, dem 24. 11. 2017, fand nun endlich das von der Gewerkschaft der Polizei (GdP) geforderte Gespräch mit dem Finanzminister und den Gewerkschaften zur Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 23. 5. 2017 (Az.: 2 BvR 883/14, 2 BvR 905/14) in Mecklenburg-Vorpommern statt. Teilnehmer aufseiten der GdP waren Jörn Liebig und der Landesvorsitzende Christian Schumacher.

Zur Erinnerung:

In seinem Beschluss hatte das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass die seinerzeitige, um zwei Jahre verzögerte, Ost-West-Anpassung der Besoldungsgruppen A 10 und höher mit dem Grundgesetz unvereinbar ist. Daher hat das Land Sachsen bereits im September 2017 beschlossen, Nachzahlungen für alle Betroffenen durchzuführen.

Die Verfahrensweise im Land Mecklenburg-Vorpommern ist dagegen weiterhin ungeklärt.

In dem nun erfolgten Gespräch mit dem Finanzminister Mathias Brodtkorb (SPD) haben wir unsere Auffassung zum Bundesverfassungsgerichtsbeschluss dargelegt und den Finanzmi-

Gespräche zur Beamtenbesoldung mit dem Finanzminister
Die Verfahrensweise im Land Mecklenburg-Vorpommern ist weiterhin ungeklärt!



Gewerkschaft der Polizei Mecklenburg-Vorpommern
www.gdp.de/mv +++ www.facebook.com/gdp.mv +++ www.twitter.com/GdP_MV

nister aufgefordert, den betroffenen Kolleginnen und Kollegen die zu wenig gezahlte Besoldung nachzuzahlen.

Für das Ministerium ist es unstrittig, dass Kolleginnen und Kollegen sowohl im Jahr 2000 als auch im Jahr 2008 fast geschlossenen Widersprüche

gegen die nicht erfolgte Ost-West-Anpassung der Besoldung eingelegt haben. Trotzdem halten der Finanzminister und die Landesregierung aber an ihrer derzeitigen Auffassung fest, wonach sich der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts nur auf das Land Sachsen und dessen Kläger bezieht. Eine Nachzahlung im Land Mecklenburg-Vorpommern schließen sie daher kategorisch aus.

Auch wenn das Gespräch nicht auf eine schnelle Lösung im Sinne unserer Kolleginnen und Kollegen hoffen lässt, hat das Ministerium in diesem Gespräch zumindest Verhandlungsbereitschaft gezeigt.

Die Gesprächsparteien vereinbaren, bald weitere Gespräche durchzuführen, um eine verfassungskonforme, faire und akzeptable Regelung zu schaffen.

GdP begrüßt Kabinettsbeschluss zur SOG-Änderung

Novelle des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (SOG M-V)

„Mit der neuesten Novelle des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (SOG M-V) leistet der Gesetzgeber einen weiteren wichtigen Beitrag zur Sicherheit der Polizistinnen und Polizisten in Mecklenburg-Vorpommern. Nun muss nur noch der Landtag zustimmen.“ Mit diesen Worten kommentierte der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Christian Schumacher, den heutigen Kabinettsbeschluss zur Änderung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern (SOG M-V) für die Einführung von Körperkameras, sogenannten Bodycams.

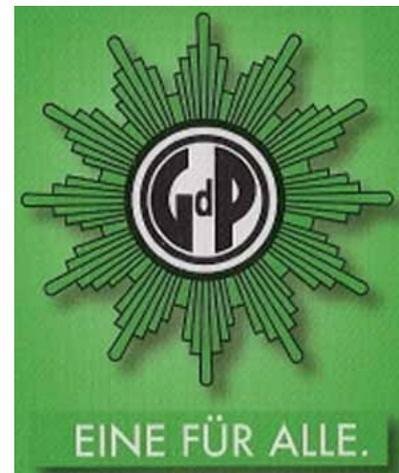
Immer mehr Kolleginnen und Kollegen klagen über eine zunehmende Respektlosigkeit und wachsende Aggressivität ihnen gegenüber.

Die Erfahrungen aus anderen Bundesländern belegen nachweislich, dass sich potenzielle Gewalttäter insbesondere von der Möglichkeit einer Aufzeichnung von ihren Taten abschrecken lassen.

Mit den nun vorliegenden Änderungsvorschlägen werden auch in

Mecklenburg-Vorpommern die Voraussetzungen geschaffen, um Bodycams rechtssicher einzusetzen und somit die Sicherheit für Polizeibeschäftigte wirksam zu verbessern.

„Die Bodycams sind ein wichtiges Hilfsmittel, um die Gefährdung der eingesetzten Polizeibeamtinnen und -beamten zu reduzieren und Tatverläufe für spätere Verfahren einfach und objektiv nachvollziehen zu können“, so Schumacher abschließend.



„War doch wieder schön“

So oder ähnlich verabschiedeten sich die meisten Gäste nach unserem 24. Bürger- und Polizeiball. Es wurde nach dem reichhaltigen Essen ausgiebig getanzt und alle hatten die Gelegenheit, sich mal zwanglos auszutauschen. Die Vertreter des Verlages Deutsche Polizeiliteratur konnten sich vor Ort persönlich davon überzeugen, dass unser Ball einen guten Bekanntheitsgrad hat und trotz Faschingszeit und des Kneipen-eventes „Honky Tonk“ in der Altstadt gut besucht war.



Wir begrüßten neben unserem Minister, Herrn Lorenz Caffier, auch wieder den Bundestagsabgeordneten Frank Junge, die Landtagsabgeordneten Simone Oldenburg und Tilo Gundlack, unseren Landesvorsitzen-

Salow auf. Die Tanzfläche war sofort voll und so blieb es auch bis zum Schluss.

Unsere Tombola zugunsten benachteiligter Kinder gewann Siegfried Dröschen aus Wismar. Er konnte



den Christian Schumacher, den Vorsitzenden des Hauptpersonalrates der Polizei, Jörn Liebig, und den Bürgermeister der Hansestadt Wismar, Thomas Beyer, sowie Vertreter aus der Wirtschaft als Ehrengäste. Nach einer künstlerischen Darbietung zweier Paare des TurnierTanzClubs Rostock, welche mit ihren schicken Kostümen den Tanz eröffneten, spielte die Band „Blue Light“ unter Kollege Steffen



mit einem Mountainbike von Fa. Thuro aus Grevesmühlen nach Hause schieben. Ein TV-Gerät als zweiten Preis gewann die Frau unseres langjährigen Kollegen und aktiven Pensionärs Oskar Männer.

Wir bedanken uns für die Unterstützung beim GdP-Landesvorstand und den Reise-Gutschein der Police Service GmbH.

Uwe Burmeister

Skat- und Rommé-abend mit Tradition

Es gibt nicht mehr viele Freunde des Kartenspiels. Aber für unsere Stammgäste im Revier Gadebusch ist dieses GdP-Turnier im November nicht mehr wegzudenken. So verbrachten wir gemeinsam einen geselligen Abend an dem viel gelacht aber auch so manches Mal verärgert auf den Tisch geschlagen wurde, wenn zum Beispiel ein schon gewonnen geglaubtes Spiel mit 60 Punkten noch verloren ging.

Bei unseren Rommé-Frauen setzte sich Karin Maloch mit den wenigsten



Punkten als Siegerin durch. Ute Kühl, Jana Lepp und Ute Wienecke folgten auf den Plätzen.

Unser einstiger Dienststellenleiter und heutige Amtsvorsteher des Amtes Lützow-Lübsdorf, Helmut Haber, gewann nun zum dritten Mal dieses Turnier, wie es fortan auf dem von Walter Schuldt 2011 gestifteten Wanderpokal nachzulesen sein wird. Den 2. Platz belegte Reiner Weghofer und der 3. ging an Walter Schuldt und somit ebenfalls an einen ehemaligen Dienststellenleiter.

Alle konnten einen Preis mit nach Hause nehmen und wir verabredeten uns gleich wieder für das nächste Jahr.

Vielen Dank auch noch mal an dieser Stelle für den Service durch Ilka und Gunar.

Uwe Burmeister



KREISGRUPPE NEUBRANDENBURG

Weihnachtszauber lag in der Luft

Am Vorabend des 1. Advent waren die Seniorinnen und Senioren der Kreisgruppe von ihrem Vorstand in den Neubrandenburger Marstall zur Weihnachtsfeier eingeladen. Für viele der 70 teilnehmenden Senioren und ihren Partnern war der Besuch in diesem Haus mit herrschaftlicher Vergangenheit erstmalig.



Beim Eintreten in den 170 Quadratmeter großen Saal war nur zu erahnen, welche Geschichte sich hier von der Erbauung des Gebäudes im Jahre 1782 bis zur heutigen behutsamen Sanierung zu einem Ort für Begegnungen mit Musik, Kultur, Geschichte und vielem mehr vollzogen hat. Dieser Eindruck wurde durch das schöne weihnachtliche Ambiente abgerundet.

Ein persönlicher Empfang jedes Seniors und der Partner sowie die Übergabe eines Weihnachtspräzents durch die Seniorenvorsitzende Renate Randel folgte.

Nach einer kurzen Ansprache, der Begrüßung aller Senioren und ihrer Partner, des Kreisgruppenvorsitzenden Andreas Wegner und des GdP-Landesvorsitzenden Christian



KREISGRUPPE STRALSUND

Neujahrsgriße

Das vergangene Jahr 2017 hat uns viel abverlangt und wir möchten Euch anerkennend für Euer Durchhaltevermögen herzlich danken. Wir wissen, dass sich Eurer Arbeitsalltag aufgrund des stetigen Personal-mangels deutlich verändert hat. Wir werden weiter dafür kämpfen, dass sich die Anzahl der Kollegen und Kolleginnen in den Dienststellen erhöht und nicht weiter abgebaut wird. Gerade der G20-Gipfel in Hamburg hat gezeigt, dass jeder Mitarbeiter für das Gelingen im Gesamten mitverantwortlich ist. Sei es im direkten Einsatzgeschehen oder bei der Bewältigung von Sachverhalten in den Dienststellen – hier haben alle an einem Strang gezogen und wir haben einmal mehr gezeigt, dass wir gerade in schwierigen Zeiten zusammenstehen. Auf diesem Wege möchten wir auch allen Angehörigen unseren Dank aussprechen. Wir wissen um die Belastung der Familien, die von ihren Angehörigen getrennt sind und um das Wohlergehen der Kollegen und Kolleginnen bangen. Ohne diese Unterstützung ist es schwer, den physischen und psychischen Belastungen im Polizeialltag standzuhalten.

Wir wünschen Euch und Euren Angehörigen für das neue Jahr 2018 vor allem viel Gesundheit und Schaffenskraft. Wir sind auch weiterhin ein starker Partner an Eurer Seite!

Der Kreisgruppenvorstand

Schumacher, ebenfalls durch die Seniorenvorsitzende, waren alle Teilnehmer auf das angekündigte Weihnachtsprogramm gespannt.

Der Schulchor der Kooperativen Gesamtschule „Stella“ bot mit seinen 33 Sängerinnen und Sängern der ersten bis siebten Klasse, die auch als Solisten, teils mit Instrumenten auftraten, ein auf die Weihnachtszeit einstimmendes Programm mit bekannten aber auch neuen Liedern dar. Das 45-minütige Programm war kurzweilig und ging zu Herzen. Chor und Chorleiterin wurde mit viel Applaus und kleinen Präsenten gedankt.

Nach diesem Auftritt wurde Kaffee und Kuchen auf den weihnachtlich dekorierten Tischen serviert, und bei angeregten Gesprächen ließen es sich alle munden.

Schnell verflog die Zeit und nach gut zwei Stunden verabschiedeten sich die Senioren mit gegenseitigen Wünschen für ein frohes Weihnachtsfest, ein gesundes neues Jahr und dem Ausblick auf ein Wiedersehen 2018.

Renate Randel



Acht Stunden sind genug

Arbeiten bis zum Umfallen? Über 40 Prozent der Beschäftigten sind bereits jetzt nach der Arbeit zu erschöpft, um sich um Familie und Privates zu kümmern. Es ist daher mehr als zynisch, dass die Arbeitgeber jetzt das Arbeitszeitgesetz aufweichen wollen und eine Abkehr vom Acht-Stunden-Tag verlangen.



Beschäftigte:

Keine Energie und keine Zeit

Vielen Beschäftigten fehlen nach Feierabend die Energie und die Zeit, um Arbeit und Privatleben miteinander gut in Einklang zu bringen. Das zeigen die Ergebnisse des DGB-Index Gute Arbeit, die Mitte November in Berlin vorgestellt wurden. Bei der repräsentativen Umfrage gaben 41 Prozent an, dass sie nach der Arbeit keine Kraft mehr für Privates oder Familiäres haben. 27 Prozent finden nur schwerlich Zeit für Freizeitaktivitäten.

„Die Arbeitsbedingungen sorgen vielerorts dafür, dass für außerbetriebliches Engagement die Kräfte nicht mehr reichen“, sagte der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann bei der Vorstellung der Ergebnisse in Berlin. Der Erste Vorsitzende der IG Metall, Jörg Hofmann, ergänzte: „Die Arbeitszeitmodelle passen nicht zu den Lebenslagen derer, die täglich ihre Leistung in den Betrieben bringen.“

Flexibilität:

Nur sinnvoll, wenn selbstbestimmt

Die Antworten der Beschäftigten zeigen, dass eine gute Balance von Arbeit und Privatem eng mit guten Arbeitsbedingungen und verlässlichen Arbeitszeiten verknüpft ist. Modelle, die Arbeitsorte und Arbeitszeiten flexibler machen – etwa im Homeoffice – führen hingegen nicht automatisch zu mehr Vereinbarkeit. Ent-

scheidend ist, ob Beschäftigte über diese Alternativen mitbestimmen können: 46 Prozent der Befragten gaben an, ihre Arbeitszeiten gern stärker selbst zu bestimmen. 55 Prozent wünschen sich, dass der Arbeitstag im Regelfall nach maximal acht Stunden endet, um Privates und Arbeit besser miteinander zu vereinbaren.

Jörg Hofmann unterstrich, dass sich die Bedürfnisse der Beschäftigten verändern. Jede und jeder Beschäftigte könne in verschiedenen Lebensphasen zeitliche Vereinbarkeitsprobleme erleben. Statt „Arbeitszeit plus Überstunden plus Flexibilität“, müsse es eine Flexibilität geben, die sich an den Beschäftigten orientiert.

Finger weg vom Arbeitszeitgesetz!

Im Hinblick auf die Forderung von Arbeitgebern, die Arbeitszeit weiter zu entgrenzen, sagte Reiner Hoffmann: „Wir erleben derzeit eine skurrile Diskussion über Arbeitszeiten.“ Die Arbeitgeber forderten mehr Flexibilität, dabei bestünden bereits ausreichende Möglichkeiten für flexible Lösungen. Zudem leisteten die Beschäftigten 2016 bereits insgesamt 1,8 Milliarden Überstunden – eine Milliarde davon unbezahlt. „Da kann man durchaus von Lohndiebstahl sprechen“, so Hoffmann. Die künftige Bundesregierung sollte „die Finger vom Arbeitszeitgesetz lassen“.

Quelle: einblick Dezember 2017

Herzlichen Glückwunsch!

In diesem Jahr beging unsere Kollegin Birgit Treichel aus der KPI Schwerin ihr 40-jähriges Gewerkschaftsjubiläum.



Solange ich Birgit kenne, ist sie aktiv für unsere Gewerkschaft unterwegs. Egal, ob als Vertrauensfrau in ihrem Bereich, als Mitglied im Landesfrauenvorstand oder bei der Organisation von Frauentagsfeiern, Sommerfesten oder – sie kümmert sich. Und das mit Leidenschaft und Überzeugung für ihre – für unsere Gewerkschaft.

Liebe Birgit, wir wünschen dir, dass du weiterhin Freude an der Gewerkschaftsarbeit hast. Bleib gesund und habe weiterhin gute Ideen für uns alle.

HINWEIS

Änderungsmitteilung

Solltet Ihr umgezogen sein – oder Eure Bankverbindung hat sich geändert bzw. Ihr habt eine neue Amtsbezeichnung erhalten, so meldet dies bitte der GdP-Landesgeschäftsstelle. Gewerkschaft der Polizei (GdP) Landesbezirk M-V
Platz der Jugend 6, 19053 Schwerin, oder:

– per Fax an: 0385 – 20 84 18-11

– per E-Mail: GdPMV@gdp.de

Euer GdP-Geschäftsführer



EINWILLIGUNGSERKLÄRUNG

„Ja“

„Ja, ich möchte den Mitgliederbereich des GdP-Webportals nutzen!“

„Die Freischaltung“

Landesbezirk/Bezirk:

Mecklenburg-Vorpommern

Mitglieds-Nr.:

Name:

Straße, Nr.:

PLZ:

Ort:

Telefon:

E-Mail:

Ort/Datum:

Unterschrift:

Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei

– EDV-Abteilung –

Forststr. 3a

40721 Hilden

Datenschutz-Einwilligungserklärung für GdP-Internetauftritte

1. Vorbemerkung

Für die Gewerkschaft der Polizei (GdP) besteht im Internet unter der Internet-Adresse www.gdp.de eine eigene Homepage. Im Interesse der Darstellung der Ziele und Zwecke der GdP und einer damit verbundenen Öffentlichkeitsarbeit, um neue Mitglieder zu gewinnen, Mitglieder zu informieren und ihnen die Kommunikation mit der GdP und deren Mitgliedern über das Internet zu ermöglichen, werden nachfolgend aufgeführte, geschützte, personenbezogene Daten und Informationen im Einvernehmen mit dem Einwilligenden (Unterzeichner) eingestellt.

2. Allgemeine Bemerkungen

Wir möchten Sie darüber informieren, dass die im Zusammenhang mit Ihrer GdP-Mitgliedschaft erfassten Daten auch zur Überprüfung des Fortbestandes der Mitgliedschaft genutzt werden, sowie zur Prüfung von Zugangsvoraussetzungen für die geschlossenen Nutzerbereiche der Mitglieder. Die von Ihnen abgegebene Einwilligungserklärung erstreckt sich auch auf die Tatsache Ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit.

Die Daten werden über den Sachbearbeiter des für Sie zuständigen Bezirks/Landesbezirks zentral gespeichert. Die angegebenen Telefon-Nummern dienen ggf. auch dazu, Mobile Dienste anzubieten (z. B. SMS-Info-Dienste). Die angegebene E-Mail-Adresse wird ebenfalls für Informationsdienste genutzt (z. B. für den Newsletter-Versand). Die gespeicherten Daten werden zudem für Meinungsumfragen und für Informationsschreiben genutzt (per Post und per E-Mail/Internet).

Ihre Daten sind für andere Mitglieder nicht generell einsehbar. Bei der Teilnahme an Diskussionsforen werden für andere Mitglieder die von Ihnen erhobenen Daten ersichtlich, soweit dies zu Ihrer Identifikation erforderlich ist (Name, Mitglieds-Nr.). Die über Sie gespeicherten Daten können von Ihnen jederzeit unter Ihrem persönlichen Profil eingesehen werden. Informationen, die im Zusammenhang mit Ihrer GdP-Mitgliedschaft stehen und der Verwaltung der Mitgliedschaft dienen, werden an diesem Ort nicht angezeigt. Die für Sie sichtbaren Daten können durch Sie jederzeit geändert werden.

Folgende Felder können zwecks Änderungsanzeige von Ihnen ergänzt und uns übergeben werden: Anrede, Name, Wohnort, Zeitungsbezug, Bankleitzahl/Konto-Nr., Telefon dienstl./privat, Telefon mobil, SMS ja/nein, Fax dienstl./privat, E-Mail dienstl./privat, Newsletter ja/nein.

Informiert werden Sie über die Feldinhalte: Kreis-/Bezirksgruppen-Nr., Geburtsdatum, Status, Sparte, Mitgliedermerkmal 1, 2 und 3. Sollten Sie hier fehlerhafte Einträge feststellen, teilen Sie uns dies bitte im Feld Bemerkung mit.

3. Bemerkungen zur Einwilligungserklärung. Die Einwilligungserklärung gilt – bis auf Widerruf – auch für jene Daten, die im Rahmen der Mitteilung von Änderungswünschen gespeichert wurden.

Ausreichende Maßnahmen zur Gewährleistung des Datenschutzes wurden getroffen. Dennoch kann bei der Veröffentlichung/Nutzung von personenbezogenen Daten im Internet ein umfassender Datenschutz nicht garantiert werden. Die/der Unterzeichner/in ist über die Risiken einer eventuellen Verletzung seiner Persönlichkeitsrechte hiermit informiert.

4. Einwilligungserklärung für personenbezogene Daten im Internet. In Kenntnis der vorgenannten Informationen erklärt der/die Unterzeichner/in seine/ihre Einwilligung zur Veröffentlichung bzw. Nutzung der genannten Daten im Internet. Die Einwilligung kann jederzeit gegenüber dem Vertretungsberechtigten Vorstand der GdP bzw. der Geschäftsführung der beauftragten Organisations- und Servicegesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH (OSG), schriftlich, ohne Angabe von Gründen, widerrufen werden.

Der/die Unterzeichner/in wird, soweit erforderlich, über das Internet den für die Mitgliederverwaltung zuständigen Vorstand bzw. den benannten Ansprechpartner über personenbezogene Änderungen im Hinblick auf die Aktualität des Internetauftritts informieren.

Ich erkläre hiermit meine Zustimmung zur Veröffentlichung genannter Daten, dies in Kenntnis über den jederzeit möglichen Widerruf der Zustimmung zur Berücksichtigung der Daten auf der Internetseite der GdP zu den unter 1. genannten Zwecken.

Nach Eingang und Bearbeitung Ihres Original-Antrages (kein Fax oder E-Mail) übersenden wir Ihnen per Post Ihren Benutzernamen und Ihr Passwort.

Sie können dann sofort den GdP-Mitgliederbereich nutzen.



GdP-Literaturdatenbank

Ein Literaturrecherchetool, das dich während deiner Ausbildung und in deinem Beruf mit polizeispezifischen Informationen versorgt.



Die Vorteile:

- exklusiver Service für GdP-Mitglieder
- kostenlos
- rund um die Uhr online
- immer topaktuell
- kinderleicht zu bedienen
- Verlinkung zu Texten



Jetzt GdP-Mitglied werden und einloggen!

- GdP-Homepage aufrufen unter www.gdp.de
- Login-Bereich anklicken
- Mitgliedsnummer und Passwort eingeben
- einloggen und recherchieren

Habt ihr dazu noch Fragen?

Dann schreibt uns:
dokumentation@gdp.de



Gewerkschaft
der Polizei

